

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES
Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung
Band: - (2014)
Heft: 4: Risse im Atomstaat

Artikel: Hinkley Point "hinkt" : das Milliarden Geschenk für die Atomkraft
Autor: Böller, Marianne
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586541>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Hinkley Point «hinkt» – das Milliarden Geschenk für die Atomkraft

In Grossbritannien sind zwei neue Atomreaktoren mit Namen Hinkley Point C in Planung. Die Projektkosten explodierten bereits im Vorfeld. Gebaut werden kann das Riesenprojekt der EDF (Electricité de France) nur dank Subventionen in Milliardenhöhe. Damit gibt die Nuklearindustrie zu, dass Atomstrom unwirtschaftlicher ist denn je.



Von **MARIANNE BÖLLER**
marianne.boeller@energiestiftung.ch

«Hinkley Point C ist ein Reaktor, der praktisch nicht zu konstruieren ist. Bislang wurde weltweit noch kein Kernkraftwerk mit dem Reaktortyp EPR fertig gestellt», sagt Allan Jeffrey von «Stop Hinkley», einer Anti-AKW-Bewegung, die gegen den Bau neuer Atomkraftwerke auf

britischem Boden opponiert.

Grossbritannien hat als Atommacht seit Jahren die Nuklearindustrie vorangetrieben und betreibt momentan 16 AKW, die 18,3% des Strombedarfs decken. Was viele nicht wissen: Sechs der Reaktoren sind derzeit gar nicht am Netz. Mehrere der alten Reaktoren weisen nämlich Risse im Reaktorkern auf und müssen deshalb immer öfters für Reparaturarbeiten und aus Sicherheitsgründen heruntergefahren werden. Bis 2023 sollen alle britischen AKW, mit Ausnahme eines einzigen, aus Altersgründen stillgelegt werden. Der letzte neu gebaute Reaktor ging 1995 ans Netz. Nun – nach fast 20 Jahren – beabsichtigt die britische Regierung ein «Revival» der Nuklearenergie.

Hinkley «hinkt» schon vor dem Baustart

Verantwortlich fürs Projekt Hinkley Point C ist der französische Energiekonzern EDF. Bereits vor Baustart muss sich die EDF nun für eine regelrechte Kostenexplosion rechtfertigen. Die zwei neuen Reaktoren sollen bis 2023 ans Netz und fünf Millionen Haushaltungen mit Strom versorgen. Das hierfür benötigte Kapital wird von der EU aktuell auf satte 43 Milliarden Euro geschätzt. Im 2006 wurden die Kosten mit nur 3 Milliarden pro Reaktor deutlich tiefer berechnet und die EDF glaubte damals noch, ohne Fremdfinanzierung auszukommen. Nun hat der Konzern mit der britischen Regierung Subventionen in Milliardenhöhe ausgehandelt.

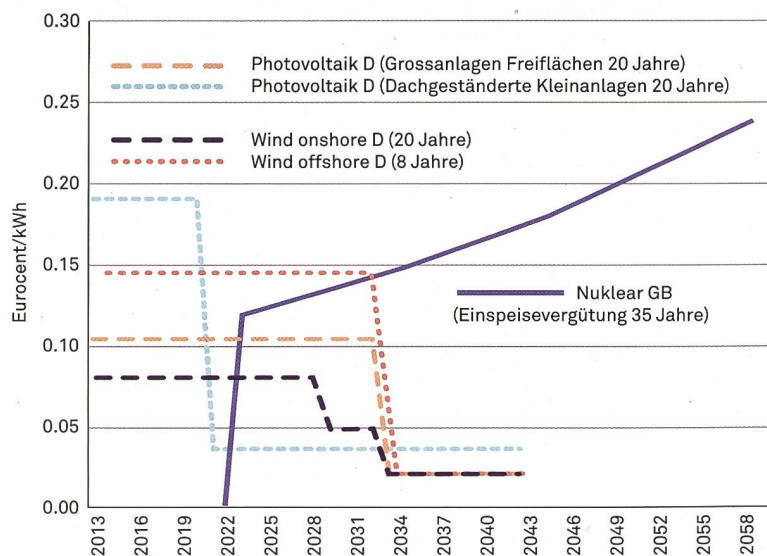
Atomära neigt sich dem Ende zu

Die britischen Pläne sind unverständlich. Mit dem «World Nuclear Industry Status Report 2014» liegt ein umfassender Bericht vor, der die Atomenergie weltweit analysiert. Dieser kommt zum klaren Schluss, dass die Bedeutung der Nuklearenergie abnimmt. Nur noch 4,4% der Energie werden weltweit aus Atomkraft produziert, so wenig wie zuletzt 1984.

Zurzeit sind in der EU nur zwei neue Reaktoren in Bau, in Finnland und in Frankreich. Es sind Druckwasserreaktoren des Typs EPR (European Pressurized Reactor), wie sie auch in Hinkley Point C geplant sind. Beide Projekte sind wahre Sorgenkinder. Die Konstrukteure im finnischen Olkiluoto kämpfen mit der Kostenexplosion und einer Bauverzögerung von bereits sieben Jahren. Auch in Flamanville kann der Zeitplan nicht eingehalten werden. Für den Bau der beiden AKW wurden anfänglich 3 Milliarden Euro budgetiert. Doch in beiden Fällen, nach ständiger Korrektur nach oben, rechnen selbst die Betreiber aktuell mit Kosten von nunmehr 8,5 Milliarden Euro.

Der Status Nuclear Report führt die steigenden Kosten in erster Linie auf strengere Sicherheitsvorkehrungen zurück. Denn der EPR beinhaltet eigentlich keine neuen bahnbrechenden Technologien. Im Wesentlichen sind einzig das Sicherheitskonzept und die Leistungsfähigkeit verbessert worden. Normalerweise werden Technologien billiger, je etablierter und fortgeschrittener sie sind, wie zum Beispiel bei der Photovoltaik. Bei der Atomkraft scheint dieser «Lerneffekt» gar negativ zu sein.

Einspeisevergütungen von erneuerbaren Energien versus Kernenergie



England verspricht der Atomkraft (blaue Linie) inflationsbereinigte Einspeisevergütungen. Im Vergleich zu Vergütungen von Erneuerbaren in Deutschland sind diese extrem hoch und sogar steigend.

Datenquelle: R. Reichsteiner

Staatliche Hilfe für dreckigen Atomstrom

Die explodierenden Milliardenkosten hielten die pro-nukleare, britische Regierung aber nicht davon ab, dem AKW-Betreiber EDF einen so genannten Differenzvertrag anzubieten. Dieser garantiert einen Abnahmepreis von 10,6 Cent pro kWh Atomstrom. Liegt der Strompreis darunter, bezahlt die Regierung, beziehungsweise der/die SteuerzahlerIn, die Differenz. Der Staat bürgt ausserdem für sämtliche Darlehen der EDF. Ohne diese staatlichen Garantien würden Finanzinstitute für das heikle und teure Geschäft der Atomindustrie keine Gelder mehr locker machen. «Sogar die Produzenten haben bemerkt, dass die Kosten für Nuklearenergie weiterhin steigen. Dies macht Narren aus ihnen, haben sie doch jahrelang behauptet, wie billig Atomenergie sei», fasst Allan Jeffrey treffend zusammen.

Skandalös: KEV für Dreckstrom

Der Differenzvertrag, den die britische Regierung der EDF anbietet, kommt uns bekannt vor. In der Schweiz beruht die KEV (kostendeckende Einspeisevergütung) für erneuerbare Energien auf einem ähnlichen System. Im Gegensatz dazu wird die KEV aber nicht vom Steuerzahlenden, sondern den Verursachern bezahlt. Zudem wird die KEV nicht der Teuerung angepasst. Die Förderung in der Schweiz ist für die marktneue, erneuerbare und dezentrale Stromproduktion reserviert. Das sind drei Adjektive, die auf Atomstrom nicht zutreffen. Grossbritannien übertrifft diesen Zynismus noch und garantiert dem französischen Atomenergie-Riesen EDF die Einspeisevergütung für 35 Jahre und dies inklusive Anpassung an die Inflation – ein Milliarden Geschenk für dreckigen Atomstrom.

Schmutziger Deal mit der EU

Die Wettbewerbsprüfungscommission der Europäischen Union hat den Fall Hinkley Point C behandelt. Noch im März 2014 meinte diese, dass die horrende staatliche Unterstützung den marktwirtschaftlichen Wettbewerb massiv verfälsche.

Doch am 8. Oktober 2014 entschied die Kommission überraschenderweise zu Gunsten des Vereinigten Königreichs und billigt die Subventionen. «Es war eine Erpressung. Die Briten sagten, wenn die EU das nicht genehmigt, dann schießen wir das Klimapaket ab. Das schaut nicht nur aus wie ein schmutziger Deal, es ist einer!», ärgert sich Reinhard Uhrig von der österreichischen Umweltorganisation Global 2000. Seiner NGO liegt ein durchgesickertes Dokument der EU-Kommission vor. Was darin stehe, sei haarsträubend, meint der Atomexperte. Unter anderem ist festgehalten, warum das rechtlich geforderte «Marktversagen» zutreffe: Der Bau des neuen AKW sei extrem teuer, deshalb könne das Projekt nicht durch Banken finanziert werden und darum müsse der Staat einspringen. Die österreichische Regierung, wie auch Luxemburg, sprechen von einem offenkundigen Verstoß gegen die marktwirtschaftlichen Vorgaben der EU und wer-



Foto: edfenergy.presscentre.com/imagelibrary

Im englischen Sizewell plant EDF neben dem bereits bestehenden AKW im Hintergrund zwei neue Reaktoren. Die Kosten des Grossprojekts sollen auf die britischen Steuerzahler abgewälzt werden.

den beim Europäischen Gerichtshof eine Nichtigkeitsklage einreichen. Umweltverbände wie Global 2000 werden sich dieser anschliessen. Reinhard Uhrig gibt sich zuversichtlich: «Alle wissen, dass politische Interessen der beiden Atommächte Frankreich und England mitgespielt haben und dies nichts mit Marktversagen zu tun hat. Deshalb wird dieser Entscheid rechtlich nicht durchkommen.»

Atomenergie um jeden Preis?

Wieso wird von Grossbritannien mit der Atomenergie eine Technologie unterstützt, die völlig unwirtschaftlich ist? Allan Jeffrey von «Stop Hinkley» meint dazu: «Unsere Regierung befürwortet weiterhin die Atomenergie, weil sie die Ausbildung von Fachleuten an den Universitäten beibehalten will.» Er weist auch darauf hin, dass mit dem zivilen Atomprogramm noch immer handfeste militärpolitische Interessen, nämlich die Entwicklung von Atomwaffen, verknüpft sind. Euphorisch fast wird auf der EDF-Website angesprochen, Hinkley Point C werde dereinst «saubere, sichere und bezahlbare» Energie liefern. Das ist eine sehr anmassende Behauptung, wenn man die Hintergründe kennt. Denn spätestens nach Fukushima weiss eigentlich jeder, dass Atomstrom weder sauber noch sicher ist. Für die Atommülllagerung gibt es nicht nur in der Schweiz, sondern in keinem Land der Welt eine Lösung. Und «bezahlbar» war und ist Atomstrom auch hierzulande nie und nimmer, wenn man die Stilllegungs- und Endlagerkosten für radioaktiven Abfall sowie die Versicherungskosten eines Atomunfalls miteinberechnet. Hinkley Point C sowie auch die zwei AKW-Neubauten in Flamanville und Olkiluoto zeigen in aller Deutlichkeit, dass neue AKW völlig unrentabel sind. Allan Jeffrey von «Stop Hinkley» bringt es wie folgt auf den Punkt: «Wir sind gegen Atomkraft, weil es deutlich günstigere, sicherere und bessere Möglichkeiten gibt, Strom zu produzieren.»